



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Gleiche Note für gleiche Leistung? Bericht zu den Verhandlungen über den Nationalen Bildungsrat und zur Vergleichbarkeit der Abitur-Standards

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus bis Ende des dritten Quartals 2019 über den Verlauf der bisherigen Gespräche zwischen Bund und Ländern über die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats sowie über die Haltung des Freistaates zur aktuellen Diskussion über eine bessere, bundesweite Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen zu berichten.

In dem Bericht soll die Staatsregierung insbesondere dazu Stellung nehmen,

- welche Gespräche bzw. Verhandlungen seit Beschluss des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene über den dort verankerten Nationalen Bildungsrat unter Beteiligung der Staatsregierung stattfanden;
- welche Haltung die Staatsregierung in den Gesprächen zum Nationalen Bildungsrat zu dort strittigen Punkten jeweils eingenommen hat;
- wie die Staatsregierung grundsätzlich zur Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats und seinen Zielen von mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen steht;
- welche Gestaltung des Nationalen Bildungsrats die Staatsregierung bevorzugt (auch hinsichtlich des Einstimmigkeitsprinzips);
- wie die Staatsregierung beabsichtigt, sicherzustellen, dass dem bayerischen Bildungsniveau im nationalen Vergleich der Abschlusszeugnisse in Zukunft angemessen Rechnung getragen wird;
- wie die Staatsregierung den Erfolg der gemeinsamen Aufgabenpools für Abiturprüfungen bezüglich einer besseren Vergleichbarkeit einschätzt;
- welche Position die Staatsregierung hinsichtlich eines bundesweiten Zentralabiturs (zumindest in den Kernfächern) einnimmt;
- welche Erfahrungen die Hochschulen und Universitäten in Bayern mit den unterschiedlichen Bildungsniveaus der Länder in den vergangenen Jahren gemacht haben (möglichst anhand repräsentativer Beispiele und Zahlen zu Studentinnen und Studenten mit Hochschulzugangsberechtigungen aus anderen Bundesländern);
- wie sich die Staatsregierung zum Aufbau des Nationalen Bildungsrats bei der nächsten Kultusministerkonferenz (KMK) am 17. und 18.10.2019 positionieren wird.

Begründung:

Die bundesweiten Diskussionen um das diesjährige Mathematik-Abitur zeigen, dass flächendeckende vergleichbare Standards dringend notwendig sind. Die föderale Bildungspolitik und vergleichbare Standards dürfen künftig kein Gegensatz mehr sein. „Ein Zentralabitur mit identischen Lehrplänen ist daher abzulehnen“, erklärte erst kürzlich Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazzolo, im Münchner Merkur. Unsere bayerischen Abiturientinnen und Abiturienten haben einen Anspruch darauf, die Anerkennung zu erhalten, die sie verdienen. Es entsteht der Eindruck, dass sie etwa beim Thema Numerus Clausus immer noch benachteiligt werden – eine solche Wettbewerbsverzerrung ist unfair, wenn das Abitur als entscheidende Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland weiterhin gelten soll. Im Rahmen der letzten Kultusministerkonferenz (KMK) am 06. und 07.06.2019 in Wiesbaden stand unter anderem der im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD festgeschriebene Nationale Bildungsrat auf der Tagesordnung. Dieser soll Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen voranbringen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, dass sich der zuständige Ausschuss im Landtag zeitnah mit den Ergebnissen der vergangenen Verhandlungen und den zukünftigen Aktivitäten der Staatsregierung zu diesem Sachverhalt befasst.